

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 21 (1945-1946)
Heft: 8

Artikel: Jugoslawien heute
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1069473>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



*Augenzeugenbericht von * * **

Illustration von E. und M. Lenz

Der Verfasser dieser Aufzeichnungen ist uns als glühender Feind des Nationalsozialismus und aller Schattierungen von Kollaborationismus während der deutschen Besetzung in Jugoslawien bekannt. Er hat durch die deutsche Invasion Hab und Gut verloren. Wir wissen ferner, daß er nach der Befreiung seiner Heimat auf das neue Regime die größten Hoffnungen setzte.

★

Ich bin mir wohl bewußt, daß mein Bericht, wenn er seinen Bestimmungsort erreicht und veröffentlicht wird, mich und die mir nahestehenden Menschen in höchste Gefahr bringt, obschon er nur Tatsachen wiedergibt, die jeder Jugoslawe kennt und die allen Regierungen eigentlich bekannt sein müßten. Aber die wahren Zustände in meiner Heimat werden der Weltöffent-

lichkeit verheimlicht. Das ist ein Unrecht und ein Unglück.

Vor der Befreiung Jugoslawiens wäre die ganze Bevölkerung bereit gewesen, Tito und seine Regierung anzunehmen. Selbst wirklich reaktionäre Persönlichkeiten aus den Kreisen der Bankdirektoren, Industriellen, Großkaufleute, ja sogar ausgesprochene Anhänger von Mihajlovic und Königstreue, mit denen ich Gelegenheit hatte, mich auszusprechen, wären damals geneigt gewesen, Tito als Nationalhelden zu begrüßen. Jetzt sieht die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung in ihm nur noch den Helden einer Partei, er wird heute der Gauleiter Stalins genannt. Die nationale Idee ist völlig ausgeschaltet. Für das Regime ist Jugoslawien kein nationaler Begriff mehr. Jugoslawien ist nur noch eine Zelle neben vielen andern, die unter Moskaus Führung helfen sollen, die Weltsozialisierung durchzuführen. Die heutige jugoslawische Generation, ob es sich um Serben, Slowenen, Kroaten, Bos-

niaken handle, ist mit dieser Rolle, die ihrem Vaterland zugeteilt wird, nicht einverstanden.

Die Verhältnisse verschlechtern sich Tag für Tag. Das Land gleicht einem einzigen großen Konzentrationslager. Die Menschen werden nicht nur nachts aus den Häusern, sondern schon durch Razien auf den Straßen und in den Kaffeehäusern abgeführt. Es bedeutet höchste Gefahr, über den Verbleib von solchen Menschen auch nur Auskünfte zu verlangen. So wurde in einer Provinzstadt der Sohn einer Belgrader Familie verhaftet, als er aus Belgrad kam, um sich nach seinen abgeföhrten Eltern zu erkundigen. Man hat später nie mehr etwas von ihm vernommen. Die einzige Schuld der Familie war, daß die Mutter aus Kärnten stammt und ein gut eingerichtetes Geschäft und ein Wohnhaus besitzt.

Ich sprach mit Arbeitern, Angestellten, Intellektuellen, Gewerbetreibenden, Kaufleuten, Industriellen, Beamten, Offizieren; alle, sofern sie nicht der Partei angehören, sind verzweifelt. Aber warum wurde denn bei den Wahlen vom 11. November 1945 das neue Regime mit so ungeheurer Mehrheit gutgeheißen? Das Rätsel ist gelöst, wenn man weiß, wie diese Wahlen zustande gekommen sind.

Die in der ganzen Welt verlautbarte Beteiligungsquote an den Wahlen von 90 bis 95 % dürfte im großen und ganzen stimmen; denn die ganze Bevölkerung, ob Kaufmann, Angestellter, Arbeiter, Bauer, Soldat, jeder mußte im Wahllokal erscheinen. Um dies zu erreichen, wurde in monatelanger Arbeit eine ungeheure Kontrollorganisation aufgezogen.

Jedes Haus ist der Kontrolle des Hauswartes unterstellt, der über das Leben jedes einzelnen Hausinsassen, seiner Besucher, seiner politischen Tätigkeit wöchentlich einen Bericht an die Partiestelle abgibt. Jede Woche ruft der Hauswart eine politische Hauskonferenz ein, der alle Hausinsassen beiwohnen müssen. Jedes Fehlen wird vermerkt, häufigere Abwesenheit in die „Charakteristik“ eingetragen.

Zweimal monatlich wird eine Block-Konferenz abgehalten, die den Erfolg der Hauskonferenz zu prüfen und zu festigen hat. Monatlich findet eine Hausviertel-Konferenz statt, in der ein Prominenter seine Hetzrede abhält.

In jedem Betrieb industrieller, kommerzieller und administrativer Art wurden monatelang Konferenzen abgehalten, deren Besuch obligatorisch war. Begann die Zahl der Teilnehmer abzunehmen, so wurde das Personal einfach während der Arbeitszeit in den Konferenzsaal zitiert. Zuletzt wurden sogar Anwesenden-Listen aufgestellt, um die Drückeberger herauszufinden.

Für die „unabhängigen Bürger“, d. h. jene, die von aller Arbeit ausgeschaltet sind, wurden auf die Wahlen hin Hauskonferenzen, Platzkonferenzen und Hausviertel-Konferenzen abgehalten und die Abwesenden durch die Hauswarte registriert.

Zur Teilnahme an den Wahlversammlungen der Parteileiter wurden alle Arbeiter und Angestellten gezwungen. Sie mußten sich vor ihren Betrieben zu einer gegebenen Zeit aufstellen. Man drückte ihnen Fahnen und Transparente mit glühenden Parolen in die Hand und führte sie korporativ durch die Straßen zum Versammlungsort. Die Aktivisten riefen die vorgeschriebenen Parolen aus, welche die Masse nachbrüllte. So wurde die erforderliche „Volksbegeisterung“ auf den Straßen produziert. Die Haltung der Einzelnen wurde durch die in den Kolonnen verteilten Aktivisten scharf beobachtet und nachher in den „Charakteristiken“ vermerkt.

Angestellte und Arbeiter, die den Mut aufbrachten, an mehreren Konferenzen zu fehlen, wurden ohne Begründung entlassen und damit für immer brotlos; denn wer einmal aus politischen Gründen entlassen worden ist, kann nirgends mehr im Land eine Anstellung erhalten. Die schon mehrmals erwähnte gefürchtete „Charakteristik“ folgt ihm nämlich überall nach. Jeder Staatsbürger hat eine „Charakteristik“, die völlig geheim gehalten wird und gegen die es kein Abwehrmittel gibt, auch wenn die Anschuldigungen, die

sie enthält, ganz aus der Luft gegriffen sind. Selbst die kleinen Privatunternehmungen, die noch bestehen, sind, was das Personal betrifft, ebenfalls unter der Kontrolle der Syndikate. Auch bei ihnen ist kein Platz für schlecht charakterisierte Arbeitnehmer.

Das Recht, Wahlpropaganda zu betreiben, hatte nur die „nationale Front“, die nach außen hin als eine Vereinigung verschiedener Parteien erscheint, in Wirklichkeit aber nur die kommunistische Partei darstellt, die aus sich heraus eine Bauern-, eine sozialistische und eine demokratische Fraktion schuf, um der Außenwelt den Anschein von Parteien zu erwecken. Die Führer dieser „Parteien“ sind Dissidenten der entsprechenden wirklichen Parteien. Sie haben nur eine außerordentlich beschränkte Zahl von Anhängern. Die wirklichen Parteien der Bauern, der Sozialisten und der Demokraten sind ausgeschaltet.

Zeitungspaganda durfte nur die nationale Front betreiben. Erst einige Wochen vor den Wahlen erschien ein Blatt von Grol, dem Führer der Demokraten, die Wochenzeitung „Demokratija“, als einzige oppositionelle Zeitung. Nach kurzer Zeit jedoch, noch vor den Wahlen, wurde ihre Einstellung dadurch erzwungen, daß das Druckereipersonal „sich weigerte“, eine gegnerische Zeitung zu drucken. Grol wurde verhaftet. Gegen die Redaktion erfolgte ein Attentat.

Einige Tage vor den Wahlen wagte der serbische Bauernführer Jovanovic, eine Oppositionszeitung herauszugeben. Sie erschien nur in wenigen Ausgaben. Der Versuch von Frau Radic, der Gemahlin des bekannten Bauernführers, eine Zeitung erscheinen zu lassen, endigte mit deren Konfiskation. Ferner explodierte in ihrem berühmten Buchgeschäft eine Bombe.

Aber auch diese Zeitungen durften während der kurzen Zeit ihres Erscheinens nicht wirklich wagen, die Machthaber zu reizen. Sie enthielten nur milde Kritiken und kommentarlose Abschriften aus

englischen und amerikanischen Zeitungen über das Wesen der Demokratie. Außerdem wurden sie selbstverständlich nur in Belgrad und Zagreb kolportiert; in die Provinz gelangten höchstens einzelne Exemplare.

Nach den Wahlen wurde übrigens auch mit den letzten Resten dieser fiktiven Zeitungsfreiheit aufgeräumt.

Als die wirklichen Oppositionsparteien das Fehlen jeder Möglichkeit, an der Wahlkampagne mitzuwirken, einsahen, lehnten sie die Beteiligung an den Wahlen ab. Das war für die Volksfront unangenehm, weil dadurch im Ausland die Wahl als das durchschaut werden konnte, was sie wirklich war.

Um die Illusion einer freien Wahl im Ausland aufrechtzuerhalten, erschien plötzlich eine Verlautbarung, daß die Regierung beschlossen habe, eine blinde Wahlurne aufzustellen, in die alle jene Bürger ihre Gummistimmkugeln einwerfen könnten, die nicht für die Volksfront stimmen wollten. Es wurde erklärt, daß damit dem demokratischen Prinzip der freien Wahl Gerechtigkeit widerfahre.

Aber zugleich mit dieser Verlautbarung begann eine große Hetze gegen alle, die etwa beabsichtigen sollten, ihre Stimmkugeln in die blinde Urne zu werfen. Sie wurde die Urne der Verräter, der Kapitalisten, der Mihajlovic, Nedic, Pavetic, der Cetniki, Ustaschi genannt. In den Zeitungen, in der Radiopaganda und an den Großversammlungen wurden aus Rücksicht auf das Ausland die Angriffe in einem gewissen Maß gehalten. Aber an den Betriebs- und Hauskonferenzen, in den Dörfern und Provinzstädten, wo keine Auslandskontrolle zu befürchten war, wurde die Hetze mit Drohungen aller Art gespickt. Es wurde sogar unter der Bevölkerung die Mär verbreitet, daß die blinde Urne so konstruiert sei, daß man das Fallen der Kugeln höre, und auch noch durch ein elektrisches Signal die Wahlkommission darüber informiert werde, wer seine Stimme in die blinde

Urne abgebe. Niemand kannte die Urheber dieser Gerüchte; aber alle sprachen von der Gefahr des Erkanntwerdens.

Aus den Wählerlisten war eine nicht bestimmbarer Zahl von „Reaktionären“ und „Kollaborationisten“ gestrichen worden. Dafür hatten nicht nur die Frauen das Wahlrecht erhalten, sondern auch alle Partisanen und Soldaten, ohne Rücksicht auf ihr Alter, sogar zehnjährige Kinder, wenn sie den Partisanen angehörten. Die Soldaten wurden in geschlossenen Formationen an die Wahlstätten geführt.

Für die Wahlen wurden massenhaft Wahllokale eingerichtet. Je ein paar Straßen zusammen hatten ein eigenes Wahllokal mit nur 300 bis 400 Wählern, die genau kontrolliert werden konnten. Alle Wahlberechtigten des betreffenden Lokals waren auf Listen verzeichnet, die im Fenster ausgestellt wurden, um den Hauswarten und sonstigen Kontrollpersonen zu ermöglichen, sich zu vergewissern, ob alle ihre Schützlinge auf der Liste ständen, oder einzelne aus Versehen oder weil sie sich gedrückt hatten, fehlten. Während der Wahl wurde jeder Wähler, der erschien, auf der Liste gestrichen. Wer nicht erschien, wurde, ob willig oder nicht, einfach geholt. Die Nichtbeteiligung wurde zum Volksverrat und zur Sympathiebezeugung für die Vaterlandsverräte gestempelt.

In normalen Zeiten stand hinter jeder Urne ein Parteivertreter, um eventuelle Umgießungen aus einer in die andere Urne zu verhüten. Bei dieser Wahl stand hinter der blinden Urne natürlich niemand, da sie keine Partei vorstellte. Was mit den in die blinde Urne geworfenen Kugeln bei der Zählung geschah, ist unkontrollierbar. Auch die Zahl der blind abgegebenen Kugeln ist unerforschlich. Alle meine Bekannten behaupten, in die blinde Urne gewählt zu haben. Trotzdem buchte die Volksfront eine erdrückende Mehrheit.

Auch vor dem Kriege war Belgrad, wenn man von seiner bevorzugten Lage zwischen den beiden Flüssen Donau und

Save absieht, weder interessant noch schön zu nennen. Aber ihre Bevölkerung gab der Stadt eine besondere Note. Sie war lustig und fröhlich. In wenigen Tagen fühlte sich ein Fremder wie zu Hause. Er fand den Kontakt bald und lebte fröhlich mit.

Heute ist Belgrad kaum wieder zu erkennen. Nicht nur die Bomben haben sein Antlitz zerstört. Es sind nicht nur die glänzenden Geschäfte, die fehlen. Der Hauptreiz der Stadt bildete immer das Gemüt der Belgrader, ihre Ungezwungenheit, ihre Fröhlichkeit und Arbeitsamkeit. Diese sind heute verschwunden. Die Belgrader Stadtbevölkerung ist an Geist und Gut bankrott. Sie hat sich in ihren Schmollwinkel zurückgezogen. Sie zeigt sich nur noch, wenn es sein muß. Dennoch sind die Straßen dicht bevölkert von fremden, heterogen gekleideten Menschen. Mädchen in Soldatenreithosen mit vielen Dekorationen, Partisanen in allen möglichen Uniformen, schlecht gekleidete Offiziere, Zigeuner, Montenegriner, Mazedonier, Licaner bilden das vorlaute Straßengemenge. Nur die Einheimischen fehlen; sie fühlen sich nicht mehr daheim.

Von Wiederaufbau ist nichts zu sehen. Kaum ein Haus wird ausgebessert, geschweige denn gebaut. Die Straßen werden nicht gereinigt, Bombenkrater sind nur notdürftig ausgefüllt, obwohl ständig mit Mädchen und Knaben gefüllte Lastautos durch die Straßen zu „Stoßarbeiten“ fahren, von denen man viel liest, von denen aber niemand — der Belgrader am allerwenigsten — weiß, wo sie wirklich ausgeführt werden.

Die früher so rege Handelstätigkeit und Geschäftigkeit sind erloschen. Sie beschränken sich heute auf den Ein- und Verkauf der täglich notwendigen Lebensmittel, im Schlängestehen um Brot, Milch und Obst. Die ärmlichen Privatgeschäfte stehen ohne Waren da. Sie erhalten diese nur schwarz; denn den Privatkaufleuten wird wenig oder nichts zugeteilt. Von einer neuen Produktion hört man viel, aber man sieht nichts. So haben die mei-

sten Geschäftsleute den Kommissionshandel eingeführt, d. h. sie verkaufen Schmucksachen, Wäsche, Kleinodien, antike Möbel, Photoapparate, Silber- und Goldbestecke, Kleider, Schuhe, kurz alles mögliche von den bankrotten Bürgern, die arbeitslos geworden sind, weil sie als Reaktionäre erklärt wurden.

Offiziell ist die Privatinitiative geduldet. Praktisch besteht sie nicht. Der Mangel an Privatinitiative hat das Leben der Stadt zur absoluten Erstarrung gebracht. Nur kleine Gewerbetreibende, Wirte und Straßenverkäufer können ihr altes Geschäft betreiben. Selbst Hotels, große Restaurants, Kaffeehäuser sind halb oder ganz verstaatlicht. Das Bürgertum wird systematisch vernichtet. Jede Betätigung, außer der des Arbeiters und Angestellten in verstaatlichten Betrieben und Unternehmen, ist verunmöglicht.

Daß bei diesen Verhältnissen das gesamte Bürgertum sowie die bisherigen Staatsangestellten und administrativen Beamten gegen das Regime eingestellt sind, ist selbstverständlich. Die vom Staate bezahlten Gehälter sind um 40 % kleiner als der bescheidenste monatliche Lebensunterhalt. Essen muß man aber dennoch. Alle sind verschuldet. Ein Beamter unterschreibt den andern die Wechsel. Man lebt in der Hoffnung, „etwas“ werde sich ereignen.

80% der jugoslawischen Bevölkerung sind Bauern. Ich habe mit der bäuerlichen Bevölkerung wenig Kontakt. Alle Bauern jedoch, denen ich begegne und mit denen ich mich aussprechen kann, sind Gegner der Partei und behaupten, daß es der Großteil von ihnen sei. Es ist auch wohl zu glauben, da nicht einzusehen ist, was der jugoslawische Bauer vom Kommunismus Gutes erwarten könnte. Im übrigen soll Jugoslawien aus einem Agrarland ein Industrieland werden. Diese Absicht ist, so absurd sie zunächst klingt, vom russischen Standpunkt aus doch gut durchdacht. Bulgarien und Rumänien sollen die Agrarprodukte liefern. Jugoslawien,

das am Meer liegt, soll für die Industrieprodukte dieser Länder aufkommen.

Auch die Arbeiter sind heute unzufrieden. Die Schwierigkeiten, unter denen das Land leidet, lasten auf allen Schichten der Bevölkerung. Man macht ein großes Aufheben über die Arbeitszeit- und Lohnschenkungen der begeisterten Arbeiter und Angestellten an den Staat und für soziale Zwecke. Was davon zu halten ist, mag das folgende Beispiel zeigen: Ich habe einmal einer Versammlung von Angestellten beigewohnt, die das Thema des 13. Gehaltes behandelte. Die Regierung hatte das Bedürfnis, sich am Jahresende diese Zahlung des 13. Gehaltes, d. h. einer doppelten Gehaltszahlung im letzten Monat, zu ersparen. Ein Parteiredner hielt eine flammende Rede, in der er die Auszahlung des 13. Gehaltes als eine Finte des Kapitalismus darstellte, mit der die Kapitalisten ihre großen Profite verdeckten und den Angestellten den Mund stopften. Es sei eine Schande, Almosen zu empfangen, und Geld für nicht geleistete Arbeit sei nichts anderes als ein Almosen. Zum Schlusse schlug er vor, eine Resolution zu fassen, daß die Angestellten, bewußt ihrer nationalen Pflichten und Arbeitsehre, auf die Auszahlung des 13. Gehaltes verzichteten. Die unter die Teilnehmer vermischten Aktivisten brachen in Hochrufe aus, denen sich wohl oder übel die übrigen allmählich anschlossen. Darauf erklärte der Redner, daß er am Enthusiasmus der Belgrader Angestellten nicht gezweifelt habe; aber da man in einem demokratischen Lande lebe, müsse der Besluß durch die Mehrheit auch noch festgestellt werden. Dann richtete er von seinem Podium aus, umringt von den Syndikatbonzen und den Aktivistenkanonen, an die Versammlung die Aufforderung, wer gegen diese Resolution sei, möge die Hand erheben. Wer hätte sich als erster getrauen sollen, dies zu tun?

Am nächsten Tage brachten die Parteizeitungen den detaillierten Bericht und einen Kommentar, der die Überzeugung aussprach, daß das ganze Land diesem

Vorbild klassenbewußter Angestellter folgen werde. Tatsächlich erschienen später aus andern Städten gleichlautende Resolutionen.

Nach der Versammlung hatte ich mehr als genug Gelegenheit, die wirkliche Stimmung der Versammlungsteilnehmer festzustellen. Alle waren auf das äußerste niedergeschlagen. Aber so geht es bei allen großen Kundgebungen zu, ob diese nun für Gratisüberstunden-Arbeit, Geldsammelungen oder Huldigungsadressen an den Marschall werben.

Die Nutznießer des Regimes sind ausschließlich die Angehörigen der kommunistischen Partei und ein Teil der Partisanen. Sie haben alles, was das Herz wünscht: Fleisch, Butter, Kaffee, Milch, Weißbrot, Kleider, Schuhe in Hülle und Fülle. Ich habe mich überzeugen können, daß eine fünfköpfige Familie nicht aufessen kann, was zwei Mitglieder der Parteiorganisation aus ihrer Verteilungsstelle nach Hause bringen. Im Gespräch mit ihnen fand ich sie höchst verwundert, als ich von den Lebensschwierigkeiten der Be-

völkerung sprach. Sie leben in einer andern Welt.

Jugoslawien ist für den Kommunismus ein neues Experimentierfeld geworden. Es wurde zu einem Diktaturstaat, der für westeuropäische Begriffe in bezug auf die Methoden nur mit Hitler-Deutschland zu vergleichen ist. Die weltpolitischen Ziele sind zwar verschieden. Aber die SS, SA, BDM, die Gestapo, die Propaganda usw. sind in anderm Gewand die gleichen. Während der Okkupation wurden die Juden und die widerspenstigen Serben verfolgt. Jetzt sind die Reaktionäre das Freiwild. Reaktionär aber ist jeder, der nicht der kommunistischen Partei angehört oder diese nicht aktiv unterstützt.

Die Belgrader sagen mit Recht: „Vier Jahre lang haben wir zugeschaut, wie die Deutschen unser Weißbrot fraßen, unser Hab und Gut wegschleppten, in den schönsten Villen wohnten. Nun müssen wir zuschauen, wie unsere eigenen Befreier das gleiche tun. Damals hatten wir noch eine Hoffnung: die Alliierten. Heute sind wir von aller Welt verlassen.“

Da musste ich lachen . . .

Jeder Dienstuende weiß, daß man vor dem Hauptverlesen sich ausrichten muß, wobei der kleinste Mann des vorderen Gliedes jeweils «Gut!» zu brüllen hat. In unserer Rekrutenschule wollte es jedoch der Zufall, daß der Zweitkleinste Gut hieß. So vollzog sich Abend für Abend die gleiche «Dreier-Anschreierei»: Der kleinste Rekrut brüllte: «Gut!» Der zweitkleinste nahm Stellung an und schrie: «Hier!» Der Feldweibel wurde wütend und drohte: «Rekrut Guet, wänn Sie no einmal 's Chalb mached, chönnter öppis erläbe!» Dies wiederholte sich jedoch allabendlich. Einmal dauerte es etwas lange, bis der kleinste Rekrut sein «Gut!» brüllte. Dieses Warten wurde dem Rekruten namens Gut zu dumm, daher brüllte er: «Gut!» Sein Nachbar, der kleinste Rekrut, war ganz verblüfft, daß ihm nun jemand anders das Wort aus dem Munde genommen hatte und wußte nichts anderes zu tun, als Stellung anzunehmen und zu rufen: «Hier, Feldweibel!» — Und wir mußten — pardon, sollten lachen . . .

W. Schlittler.

Jeder von uns erlebt im Alltag von Zeit zu Zeit etwas, das ihm ein Lachen oder doch ein Lächeln entlockt. Schreiben Sie die Begebenheit für unsere Leser auf: Redaktion des Schweizer-Spiegels, Hirschengraben 20, Zürich. Beiträge, die wir verwenden können, werden honoriert.